



## **Ausschuß für Innere Verwaltung**

4. Sitzung (nicht öffentlich)

2. November 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.35 Uhr

Vorsitz: Dr. Jörg Twenhöven (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **Zur Tagesordnung**

1

Der Ausschuß verständigt sich darauf, den ursprünglich vorgesehenen Tagesordnungspunkt 3 "Konzept für Bildung, Zusammensetzung, Aufgaben und Kompetenzen der 'Kommission für ausländerrechtliche Härtefälle'" heute nicht zu diskutieren, da nach Auskunft des Innenministeriums wegen einiger noch ausstehender Gespräche etwas Neues nicht berichtet werden kann.

Für die nächste Sitzung sagt Innenminister Kniola auf Wunsch des Stefan Frechen (SPD) einen Bericht über Vorfälle im Zusammenhang mit einer Razzia in Bonn zu.

Seite

1 Vorbereitung einer auswärtigen Sitzung in Brüssel

1

Der Ausschuß kommt überein, die für November/Dezember diesen Jahres anvisierte Reise aufgrund von Terminschwierigkeiten auf das Frühjahr des nächsten Jahres zu verschieben.

2 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage 1)

hier: Dauer der Abschiebehaft bei algerischen und indischen Asylbewerbern

1

- Bericht des Innenministers
- Kurze Diskussion

3 Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/175

5

Diskussion unter den Stichworten "Wählbarkeit von EU-Bürgern auch zu hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten" und "Passives Wahlrecht für EU-Bürger bei den Kommunalwahlen in NRW trotz aberkannter Wählbarkeit durch ein Gericht im Heimatstaat des betreffenden EU-Bürgers"

Der Ausschuß wird seine Beratung des Gesetzentwurfs in der Sitzung am 30. November beenden und die drei mitberatenden Ausschüsse darauf hinweisen, bis zu diesem Datum ihre Voten zu übermitteln.

Seite

**4 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1994**

Vorlage 11/3816 (Information 12/74)

7

Diskussion über folgende Vereinigungen und Organe:  
"Nationalistische Front", "Junge Freiheit" und "Antiimperialistische Zellen"

**5 Schichtdienst bei der Polizei**

hier: Umsetzung des Wibera-Gutachtens

9

Der Innenminister will die notwendige Zustimmung des Finanzministers als Auftraggeber des Gutachtens einholen und den Abgeordneten das Gutachten sodann zuleiten.

**6 Terminplan 1996**

9

Der Ausschuß nimmt den Terminplan zur Kenntnis.

**7 Verschiedenes**

a) "Kienbaum-Gutachten"

9

Der Innenminister erklärt sich bereit, vom Finanzminister als Auftraggeber die Zustimmung einzuholen, den Fraktionen das inzwischen vorliegende Gutachten der Firma Kienbaum "Aufgabenkritische Untersuchung polizeilicher Tätigkeiten im Lande Nordrhein-Westfalen" zuzuleiten.

Seite

b) **Feuerschutzkasse**

9

(Siehe Diskussionsprotokoll)

\*\*\*\*\*

angekündigten, in der Öffentlichkeit wenig beachteten, aber inzwischen eingeleiteten Offensive gegen Tamilen stattfänden und welche Meldungen von Menschenrechtsorganisationen über die Verfolgung von Tamilen vorlägen; denn es treffe keineswegs zu, daß zurückkehrende Tamilen etwa nicht verfolgt würden oder in den Knast wanderten!

Nach Auskunft **Minister Kniolas** ist dem Innenministerium nur die Zahl der in Abschiebehaft sitzenden Tamilen bekannt.

**MDgt Engel (IM)** ergänzt, aufgrund der Kriegsereignisse rund um Jaffna auf Sri Lanka werde das nordrhein-westfälische Innenministerium von der Bundesregierung eine Aktualisierung des entsprechenden Lageberichts fordern.

**Heinz Paus (CDU)** bringt einen vom Innenminister vor drei Wochen herausgegebenen Erlaß ins Gespräch, von dem er, Paus, nicht wisse, wann er angesichts der Haftdauer von 20 Tagen bzw. 80 bis 90 Tagen zum Tragen kommen könnte. **Minister Kniola** verneint das Vorliegen eines Erlasses. Zur Zeit existierten lediglich Eckwerte, über die sich das Ministerium mit den unterschiedlichsten Gruppierungen in der Diskussion befinde. Der Erlaß werde dann auch Regelungen für Sachverhalte jenseits der hier erörterten Problematik enthalten.

**Siegfried Martsch (GRÜNE)** ist der Ansicht, das Land müsse sich in den Fällen, in denen keine zeitnahe Entscheidung des BAFI oder des Verwaltungsgerichts über das Existieren von rechtlichen oder tatsächlichen Abschiebehindernissen erfolge, bei anstehenden aufenthaltsbeendenden Maßnahmen selbst einen Eindruck über das eventuelle Vorliegen von Abschiebehindernissen wie etwa die Gefährdung der Person des Abzuschiebenden verschaffen.

Grundvoraussetzung für eine solche Beurteilung ist nach Meinung **Minister Kniolas** das Wissen um die Identität der Person.

### 3 Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/175

**StS Riotte (Innenministerium)** macht darauf aufmerksam, daß bei einer abschließenden Behandlung des Gesetzentwurfs im Innenausschuß erst in der Sitzung am 18. Januar 1996 die Landesregierung der ihr durch das Europarecht aufgegebenen Verpflichtung, die Richtlinie bis zum 31. Dezember dieses Jahres umzusetzen, nicht nachkommen könne.

Der **Ausschuß** wird seine Beratung des Gesetzentwurfs daher in der Sitzung am 30. November beenden und die drei mitberatenden Ausschüsse darauf hinweisen, bis zu diesem Datum ihre Voten zu übermitteln, faßt der **Vorsitzende** zusammen.

**Heinz Paus (CDU)** wünscht, die Entscheidung der Landesregierung für die Wählbarkeit von EU-Bürgern auch zu hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten - die allerdings auch seine Fraktion befürwortet - zu erläutern und zu überdenken, ob nicht doch von der durch die EU-Richtlinie eröffneten Möglichkeit, nicht nur den Spruch eines deutschen Gerichts, sondern auch die Aberkennung des passiven Wahlrechts durch ein Gericht im Heimatland des EU-Bürgers, Gebrauch gemacht werden sollte.

**MDgt Engel (IM)** betont, die vom Rat der Europäischen Union erlassene Richtlinie betreibe keine Harmonisierung von Wahlrechten, sondern wolle nur gemäß Artikel 8 EG-Vertrag erreichen, daß alle EU-Bürger - in diesem Falle - in der Bundesrepublik Deutschland zumindest unter den gleichen Konditionen wie in ihrem Heimatstaat wählen dürften, und schlage deshalb eine Reihe von optionalen Lösungen vor.

Die Landesregierung habe sich dazu entschlossen, die Unionsbürger soweit nach Richtlinie überhaupt zulässig an Wahlen teilhaben zu lassen.

**Heinz Paus (CDU)** zweifelt an, ob jemand, dem in seinem Heimatland das passive Wahlrecht abgesprochen worden sei, bei uns wählbar und damit nicht gleichbehandelt, sondern sogar bessergestellt sein sollte als ein deutscher Staatsbürger, dem ein deutsches Gericht die Wählbarkeit entzogen habe.

Diese Problematik habe auch, so **MDgt Engel (IM)**, sowohl in der EU als auch auf Länderebene in der Bundesrepublik und nicht zuletzt bei Erarbeitung des Gesetzentwurfs der Landesregierung eine Rolle gespielt. Das ausschlaggebende Argument für die Gewährung des passiven Wahlrechts auch bei Entzug der Wählbarkeit im Heimatstaat habe einmal eine empirische Untersuchung der EU, nach deren Ergebnis die Zahl der Anwendungsfälle äußerst gering sei, und zum anderen der durchdringende Grundsatz der Gleichbehandlung geliefert.

**Stefan Frechen (SPD)** bittet zu erwägen, im Rahmen einer Organisationsänderung zwischen dem Amt des Polizeipräsidenten und dem des Landrates - in einigen Fällen fielen diese beiden Positionen zusammen - zu trennen, um auf dem Feld des besonderen Gewaltverhältnisses den von Herrn Paus aufgezeigten Konflikt - entzogene Wählbarkeit im Heimatland, Besitz des passiven Wahlrechtes in der Bundesrepublik - zu vermeiden.

Stefan Frechen MdL  
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

SPD-FRAKTION  
DES LANDTAGES  
NORDRHEIN-  
WESTFALEN.

SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen · 40221 Düsseldorf

30. Oktober 1995

d1030bh1

Herrn  
Dr. Jörg Twenhöven MdL  
Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung

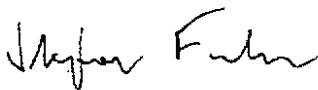
im Hause

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

aktuelle Presseberichte weisen darauf hin, daß insbesondere bei algerischen und indischen Asylbewerbern überdurchschnittlich lange Abschiebehaft besteht.

Ich bitte, in der nächsten Ausschußsitzung im Rahmen einer aktuellen Viertelstunde eine Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Problem vorzusehen und insbesondere um Bericht dazu zu bitten, in welchem Umfang die Presseberichte zutreffen und was im einzelnen die Ursachen für die unterschiedliche Dauer der Abschiebehaft sind.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Frechen





Terminplan 1996 - 1. Jahreshälfte

|         | M  | D  | M  | D  | F  | Sa | So |                         |
|---------|----|----|----|----|----|----|----|-------------------------|
| Januar  | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | ) Weihnachtspause       |
|         | 8  | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | ) Sitzungswoche         |
|         | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | ) " " "                 |
|         | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | ) " " "                 |
| Februar | 29 | 30 | 31 | 1  | 2  | 3  | 4  | ) " " "                 |
|         | 5  | 6  | 7  | 8  | 9  | 10 | 11 | ) " " "                 |
|         | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | ) Sitzungsfrei          |
|         | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | ) " " "                 |
| März    | 26 | 27 | 28 | 29 | 1  | 2  | 3  | ) Sitzungswoche         |
|         | 4  | 5  | 6  | 7  | 8  | 9  | 10 | ) " " "                 |
|         | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | ) 2. Lesung Haushalt 96 |
|         | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | ) 3. Lesung Haushalt 96 |
|         | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | ) Osterpause            |
| April   | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | ) vom 25.03.1996        |
|         | 8  | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | ) bis 14.04.1996        |
|         | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | ) Sitzungswoche         |
|         | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | ) " " "                 |
|         | 29 | 30 | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | ) " " "                 |
| Mai     | 6  | 7  | 8  | 9  | 10 | 11 | 12 | ) " " "                 |
|         | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | ) " " "                 |
|         | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | ) Sitzungsfrei          |
|         | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 1  | 2  | ) " " "                 |
| Juni    | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | 8  | 9  | ) Sitzungswoche         |
|         | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | ) " " "                 |
|         | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | ) " " "                 |
|         | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | ) Sitzungsfrei          |
| Juli    | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | ) " " "                 |

□ = Plenarsitzungstage  
 ( ) = Schulfreien / — = Bundesrat

Terminplan 1996 - 2. Jahreshälfte

|           | M  | D  | M  | D  | F  | Sa | So |                           |
|-----------|----|----|----|----|----|----|----|---------------------------|
| Juli      | 8  | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | ) Sitzungsfrei            |
|           | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | ) " " "                   |
|           | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | ) Sommerpause             |
| August    | 29 | 30 | 31 | 1  | 2  | 3  | 4  | ) vom 24.06.1996          |
|           | 5  | 6  | 7  | 8  | 9  | 10 | 11 | ) bis 25.08.1996          |
|           | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | ) " " "                   |
|           | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | ) " " "                   |
| September | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 1  | ) Sitzungswoche           |
|           | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | 8  | ) 1. Leg. Einl. HG 97     |
|           | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | ) 1. Leg. Beret. HG 97    |
|           | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | ) Sitzungswoche           |
|           | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | ) " " "                   |
| Oktober   | 30 | 1  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | ) " " "                   |
|           | 7  | 8  | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | ) " " "                   |
|           | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | ) Sitzungsfrei            |
|           | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | ) Sitzungswoche           |
| November  | 28 | 29 | 30 | 31 | 1  | 2  | 3  | ) " " "                   |
|           | 4  | 5  | 6  | 7  | 8  | 9  | 10 | ) " " "                   |
|           | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | ) " " "                   |
|           | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | ) Sitzungsfrei            |
|           | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 1  | ) Sitzungswoche           |
| Dezember  | 2  | 3  | 4  | 5  | 6  | 7  | 8  | ) " " "                   |
|           | 9  | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | ) 2. Leg. Haushalt 97     |
|           | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | ) 3. Leg. Haushalt 97     |
|           | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | ) Weihnachtspause         |
|           | 30 | 31 |    |    |    |    |    | ) vom 23.12.96 - 08.01.97 |

□ = Plenarsitzungstage  
 ( ) = Schulfreien / — = Bundesrat

○ = Sitzungen des Ausschusses für Innere Verwaltung  
 ⊙ = bei Bedarf